

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Missbilligung der überforderten Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen Katrin Lompscher

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus missbilligt die bisherige Amtsführung der Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen. Frau Senatorin Lompscher hat sowohl bei den Zielen für eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik als auch bei den Herausforderungen, die die wachsende Metropole Berlin an Politik und Gesellschaft stellt, völlig versagt.

Der Senat wird aufgefordert, einen Neubeginn in der Wohn- und Stadtentwicklungspolitik einzuleiten und die notwendigen personellen und sachlichen Voraussetzungen zu schaffen, um ein günstiges politisches, gesellschaftliches und wirtschaftliches Klima für mehr Wohnungsbau in Berlin zu schaffen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30.06.2019 zu berichten.

Begründung:

Die Errichtung neuen Wohnraums ist eine der dringendsten politischen Herausforderung Berlins und vorgeblich zentrales Handlungsfeld des rot-rot-grünen Senats. Umso schwerer wiegt das Versagen der zuständigen Senatorin in dieser Frage.

In verschiedenen Stadtgebieten, in denen neue Wohnungen entstehen sollen, sind diese Vorhaben entweder ausgebremst, komplett fallengelassen worden oder die Kommunikationspolitik der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen hat für Verwirrung, Konfusion und

Ablehnung bei allen Beteiligten gesorgt: Im Thälmann-Park wird nach dem Willen Rot-Rot-Grüns kein Wohnungsneubau stattfinden. Auch die Entwicklung des Gebietes im Blankenburger Süden verzögert sich. Statt dort für klare Verhältnisse zu sorgen, stellte Senatorin Lompscher immer wieder andere Zahlen an geplanten Wohneinheiten in den Raum und sorgt damit für Konfusion und Widerstand bei den Betroffenen. Eine ähnlich katastrophale Kommunikationspolitik fand bei der Bebauung der Buckower Felder statt. Dort wurden die ursprünglichen und bereits den Beteiligten kommunizierten Absprachen zur Bebauung komplett umgeworfen.

Dies sind nur einige Beispiele, die eine generelle dramatische Fehlentwicklung im Wohnungsneubau in Berlin belegen: Ursprünglich sollten durch die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften in der laufenden Wahlperiode 30.000 neue Wohneinheiten errichtet werden. Frau Senatorin Lompscher hat diese im Winter 2018 auf 25.000 reduziert, nunmehr sprechen die beteiligten Unternehmen sogar davon, dass eher 24.000 oder weniger eine realistische Zielgröße wären.

Es ist maßlos untertrieben, angesichts dieser niederschmetternden Bilanz lediglich von Stagnation im Wohnungsneubau zu sprechen, wenn die Zahlen ständig nach unten korrigiert werden müssen. Jedem sollte jetzt endgültig klar sein: Der Wohnungsneubau in Berlin kommt schlicht und einfach nicht voran.

Ebenso inakzeptabel ist es, auf die im Jahr 2016 um mehr als 30% gestiegene Fertigstellung von Wohnraum zu verweisen. Hier schmückt sich Senatorin Lompscher mit fremden Federn, denn dieser Anstieg beruht – ebenso wie die Fertigstellungszahl in 2017 – vor allem auf den Anstrengungen der vorherigen Regierung, in der CDU und SPD die Regierungsverantwortung teilten.

Die Tatsache, dass Frau Lompscher bereits bei der ursprünglichen Ermittlung ihrer Zielgrößen zum Wohnungsneubau falsch lag, kommt erschwerend hinzu. Die Bevölkerungsprognose des Senats, auf der die Zielgrößen beruhen, hat sich längst als zu niedrig erwiesen. Nach dieser Berechnung müssten bis zum Jahr 2030 194.000 neue Wohnungen erbaut werden. Die Basis hierfür bildete die mittlere Variante der Bevölkerungsprognose des Senats von 2015 -2030. Danach wird die Bevölkerung Berlins in den Jahren 2015 bis 2030 um rund 266.000 Personen wachsen. Nach den Zahlen des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg ist die Bevölkerung unserer Metropole aber bereits in den Jahren 2015 bis 2017 um rund 150.000 Einwohner gewachsen. Der Senat hatte für diesen Zeitraum lediglich mit ca. 128.000 neuen Einwohnern kalkuliert. Allein im Jahr 2017 wuchs laut den aktuellen Einwohnermeldedaten die Berliner Bevölkerung um 41.308 Menschen an. Frau Lompschers Verwaltung hatte hingegen nur mit einem Anstieg von ca. 24.000 Einwohnern gerechnet. Schon für das Jahr 2016 hatte der Senat ein viel zu geringes Bevölkerungswachstum prognostiziert. Wurde das damals noch mit dem starken Flüchtlingszuzug begründet, kann dieses Argument laut Statistikamt jetzt nicht mehr ins Feld geführt werden. Denn entscheidende Faktoren wie z. B. der anhaltend starke Zuzug durch Internationale, stabile Geburtenraten oder die gute wirtschaftliche Entwicklung der Stadt deuten darauf hin, dass Berlin weiterhin stark wachsen wird. Frau Lompscher beharrt zudem auf der absurden These, dass Berlin ab dem Jahr 2020 nur noch um lediglich 7.500 Menschen pro Jahr wachsen werde. Hier muss sich der Senat endlich der Macht der Fakten beugen: Er muss seine Bevölkerungsprognosen für Berlin korrigieren und damit auch seine Wohnungsbauziele an die Realität der wachsenden Stadt anpassen.

Die dafür erforderlichen neuen Wohnungen können nur durch die Einbindung privater Bauherren errichtet werden. Aber auch hier versagt Senatorin Lompscher komplett und übt sich stattdessen in purer Realitätsverweigerung. Die Förderung von Genossenschaften bleibt ein Lippenbekenntnis des Senats. Im Jahr 2017 wurden den Genossenschaften lediglich drei kleinere Grundstücke zur Verfügung gestellt. Stattdessen unterstützt die Senatorin und ihre Partei Die Linke offen ein Bündnis zu Enteignung privater Wohnungsunternehmen, verschreckt damit zunehmend private Investoren und vergiftet so bewusst das Klima für Wohnungsneubau durch private Bauherren. Und das, obwohl die Einbindung privater Bauherren in den Wohnungsneubau zwingend erforderlich ist, um die Versorgung Berlins mit Wohnraum zu gewährleisten. Dringend benötigte Investoren werden so dazu motiviert, eben nicht in Berlin, sondern im Umland oder in anderen Bundesländern zu investieren.

Frau Lompscher hat auch in der Zusammenarbeit mit den Berliner Bezirken ein Klima geschaffen, in dem diese sich teilweise nicht mehr trauen, dringend erforderliche Entscheidungen zu treffen. Zwar werden sich nicht vorangetriebene Bebauungspläne für Wohnungsneubau erst in den nächsten Jahren negativ auf den Wohnungsmarkt auswirken, jedoch dokumentiert auch dies einmal mehr eine Politik, die ausschließlich auf die nächste Wahl ausgerichtet ist. Für unsere Hauptstadt ist es aber wichtig, dass heute Entscheidungen getroffen werden, die nachhaltig in die Zukunft wirken und nicht nur einige wenige Jahre.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass der Senat und Frau Lompscher alle Optionen zur Lösung der Wohnungskrise in unsere Stadt bisher grob fahrlässig oder sogar vorsätzlich verspielt haben. Das Abgeordnetenhaus missbilligt daher die Amtsführung der Senatorin Lompscher und fordert den Senat im Interesse aller Berlinerinnen und Berliner zu einem nachhaltigen politischen Kurswechsel in der Stadtentwicklungspolitik auf.

Berlin, 13. Februar 2019

Dregger Gräff Evers
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU